



## Flüchtlingsrat Brandenburg

Rudolf-Breitscheid-Str. 164  
14482 Potsdam

Tel.: 0331 - 716 499  
Fax: 0331 - 887 15 460

[info@fluechtlingsrat-brandenburg.de](mailto:info@fluechtlingsrat-brandenburg.de)

[www.fluechtlingsrat-brandenburg.de](http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de)

[www.residenzpflicht.info](http://www.residenzpflicht.info)

## Einladung zur Schwerpunktsitzung

### **Gesetzesentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung – Was bedeutet die geplante drastische Ausweitung der Abschiebehaft für Flüchtlinge in Brandenburg?**

**mit der Rechtsanwältin Berenice Böhlo**

**Projektehaus Potsdam**

**Mittwoch, 6. Mai 2015, 16.30 Uhr**

Liebe Mitglieder, liebe FreundInnen des Flüchtlingsrats,

wir laden euch/Sie herzlich zur ersten Schwerpunktsitzung des Jahres 2015 ein. Das Thema ist der **Bundesgesetzesentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung** und seine Auswirkungen für Brandenburger Flüchtlinge.

Nachdem der Bundesgerichtshof und der Europäische Gerichtshof im Juni/Juli 2014 die Praxis der Abschiebehaft in Deutschland als rechtswidrig kritisiert hatten, forderten flüchtlingspolitische Organisationen die Beendigung dieser „Haft ohne Straftat“.

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/pressemitteilungen/nach-bgh-urteil-abschiebungshaft-in-eisenhuettenstadt-endlich-beenden>

Die Abschiebehafteinrichtungen leerten sich. Auch die Hafteinrichtung für 108 Flüchtlinge in Eisenhüttenstadt steht seitdem größtenteils leer.

Dies kann sich nun ändern. Denn für Mitte Mai 2015 plant die Bundesregierung die Verabschiedung eines der umstrittensten Gesetze der letzten Monate: Das Gesetz „zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Es zielt auf eine massive Verschärfung des Aufenthaltsrechts und eine drastische Ausweitung der Abschiebehaft ab. So schafft der Gesetzesentwurf die rechtliche Möglichkeit, Flüchtlinge allein aus dem Grund zu inhaftieren, weil sie unter die Dublin-Regelung fallen. Auch die Zahlung von „erheblichen Geldbeträgen“ an Schleuser oder die „Vernichtung von Identitätsdokumenten“ können als Haftgrund herhalten. Außerdem sind Möglichkeiten für umfangreiche Einreise- und Aufenthaltsverbote und die Einführung eines „Ausreisegewahrsams“ von bis zu 4 Tagen vorgesehen.

Die im Gesetzentwurf auch vorgesehenen Regelungen eines stichtags- und altersunabhängige Bleiberechts, mit denen endlich das System der jahrelangen Kettenduldungen beendet werden sollte, bleiben dagegen weit hinter den Versprechungen zurück. Im Gegenteil: Die vorgesehene Ausweitung des Einreise – und Aufenthaltsverbots lässt eine Bleiberechtsregelung faktisch ins Leere laufen.

**Rechtsanwältin Berenice Böhlo** wird auf dieser Schwerpunktsitzung die Eckpunkte des neuen Gesetzesentwurfs vorstellen. Anschließend wollen wir mit Ihnen diskutieren, was dieser Entwurf für die weitere Unterstützung von Flüchtlingen in Brandenburg bedeutet und welche Möglichkeiten es gibt, diesen Gesetzesentwurf noch zu verhindern.

Wir würden uns über eine kurze Rückmeldung, ob Sie/ihr an der Schwerpunktsitzung teilnehmen können, freuen, damit wir besser planen können.

Herzliche Grüße,

die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Brandenburg

**Anfahrt:**

<http://www.foerderverein-inwole.de/kontakt-de-DE/anfahrt-de-DE/>

Parkplätze befinden sich auf dem Nachbargrundstück in der Rudolf-Breitscheid-Straße 168.

Unterstützt von:

